

4. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

7. November 1956

45/J

An f r a g e

der Abgeordneten K a n d u t s c h, Dr. G r e d l e r und Genossen
 an den Bundesminister für Justiz,
 betreffend die offensichtliche Verschleppung der nach dem Antiterrorgesetz
 zu verfolgenden Vorfälle bei "Gräf & Stift".

~ ~ ~ ~ ~

Im Oktober 1955 sind drei Arbeitnehmer des Wiener Betriebes "Gräf & Stift" gekündigt worden, weil sie aus dem Gewerkschaftsbund ausgetreten sind. In einer Betriebsversammlung wurde dieses Verlangen an die Unternehmensleitung mit knapper Mehrheit beschlossen und ein Streik für den Fall angedroht, daß sich der Unternehmer dem Mehrheitswillen der Belegschaft nicht beugen wollte. Leider hat sich der Unternehmer diesem klaren Rechtsbruch unterworfen. Sowohl der Unternehmer als auch die die Kündigung betreibenden Betriebsräte haben somit die Schutzbestimmungen des Antiterrorgesetzes gegen jede politische Nötigung und Erpressung auf das gräßlichste verletzt.

Mit Erstaunen und wachsender Empörung sieht nun die Bevölkerung, wie seitens der Justizbehörden nicht nur nichts getan wurde, um einen so eklatanten Einbruch in unsere demokratische Rechtsordnung gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu verfolgen, sondern wie im Gegenteil offensichtlich alles unternommen wird, um die Schuldigen im Falle des politischen Terrors bei "Gräf & Stift" der Verantwortung zu entziehen.

Den vielen um die Aufrechterhaltung der persönlichen Freiheit im Betriebe besorgten Interventionisten bei den zuständigen Justizbehörden wurden immer neue Ausreden aufgetischt. Einmal war der Akt nicht auffindbar, dann der zuständige Referent im Urlaub oder erkrankt. In jüngster Zeit haben Sie, Herr Justizminister, es auch abgelehnt, Vertreter der parteifreien Betriebsräte in dieser Angelegenheit auch nur zu empfangen. Den unterzeichneten Abgeordneten ist nun die Mitteilung zugekommen, daß beabsichtigt sei, das Verfahren gegen die im Rechtsfall "Gräf & Stift" verwickelten Schuldigen niederszuschlagen. Hier handelt es sich aber nicht um ein "Über-die-Schnur-Schlagen" einiger Hitzköpfe, sondern um einen klaren Gesetzesbruch, der, wenn er nicht geahndet wird, sehr bald Nachahmung finden kann. Wenn die Verantwortlichen Stellen erst einmal zulassen, daß die Freiheit gegenüber der Einzelpersönlichkeit an irgendeiner Stelle mit Füßen getreten wird, wenn sie zusicht, daß man gegen politisch Andersdenkende mit der Existenzvernichtung vorgeht, dann

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

7. November 1956

sind Demokratie und Rechtsstaatidee in höchster Gefahr.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher die

Anfragen:

- 1.) Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, einen eingehenden Bericht über die bisher im Falle Gräf & Stift erfolgten Maßnahmen zu geben und die Gründe anzuführen, warum die Erledigung dieser die Öffentlichkeit stark berührenden Angelegenheit seit über einem Jahr auf sich warten lässt?
- 2.) Ist der Herr Bundesminister für Justiz bereit, darüber Auskunft zu geben, ob er gedenkt, die Niederschlagung oder die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Schuldigen zu veranlassen?

- - - - -